

"Wir sollten gewarnt sein"

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble im Interview mit der Passauer Neuen Presse am 11.05.2007

PNP: Razzia und Durchsuchungen in der linksextremen Szene: Gibt es Hinweise auf eine erhöhte Bedrohung des G8-Gipfels im Juni?

Schäuble: Bei großen politischen Ereignissen wie dem G8-Gipfel versuchen die so genannten Globalisierungsgegner Aufmerksamkeit zu erregen und die Weltöffentlichkeit für ihre Anliegen zu gewinnen. Gewalttätige Auseinandersetzungen liefern da immer die interessanteren Bilder. Wir haben die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen ergriffen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern wird kräftig vom Bund unterstützt. Die Gewährleistung der Sicherheit für den G8-Gipfel wird ebenso gut gelingen wie bei der Fußballweltmeisterschaft im vergangenen Jahr. Es gibt keine besonderen terroristischen Drohungen. Dennoch: Wenn sich einige der wichtigsten politischen Führer der Welt treffen, gibt es eine erhöhte Gefahr. Wir werden alles erdenkliche für ihre Sicherheit tun und entsprechende Vorkehrungen treffen. Doch wir sollten gewarnt sein: Während des G8-Treffens in Gleneagles hat es die schrecklichen Anschläge von London gegeben. Dass es bisher bei Großereignissen wie dem Weltjugendtag oder der Fußball-WM in Deutschland keine Terror-Anschläge gegeben hat, ist keine Garantie, dass wir davon verschont bleiben.

PNP: Droht in Deutschland eine neue Torgefahr von Links?

Schäuble: Wir haben im Vorfeld des G8-Gipfels schon mehrere Anschläge erlebt. Neben dem Rechtsextremismus und dem internationalen Terrorismus geht nach wie vor eine Bedrohung vom gewaltbereiten Linksextremismus aus.

PNP: 30 Jahre „Deutscher Herbst“ - der Schrecken des RAF-Terrors jährt sich. Angehörige der Opfer beklagen eine Verharmlosung der Taten und Umdeutung der Geschichte.

Schäuble: Die Debatte wird zur Zeit leider so geführt, als handele es sich bei diesen brutalen menschenverachtenden Mördern um halbe Märtyrer. Wir müssen aufpassen, dass wir hier bei der Wahrheit bleiben und die Geschichte nicht umgedeutet wird. Die Attentäter der RAF, die bis heute keine Reue zeigen und keinen Beitrag zur weiteren Aufklärung leisten, sind keine Popstars, sondern Killer. Wir reden zu wenig von den Opfern und zu viel über die Täter. Anzeichen dafür, dass es eine Rückkehr zu einem gewaltbereiten RAF-Terrorismus geben könnte, gibt es nicht.

PNP: Es gab Vorwürfe, das BKA und der Verfassungsschutz hätten wichtige Zeugenaussagen im Mordfall Buback nicht an die Justiz weitergegeben. Lässt sich dies durch die Ermittlungen ausräumen?

Schäuble: Die Generalbundesanwältin hat dies mit großer Klarheit zurückgewiesen, ebenso das Parlamentarische Kontrollgremium. Wir sollten nicht jeder Verleumdung aus terroristischen Kreisen eher Glauben schenken als unseren Institutionen, die den Rechtsstaat schützen. Wir haben nichts zu verbergen. Alle zuständigen Dienststellen haben sich korrekt verhalten. An den Vorwürfen war nichts dran.

PNP: Ist der Gnadenentscheid noch zeitgemäß?

Schäuble: Zu der Gnadenentscheidung des Herrn Bundespräsidenten ist zuletzt nicht nur alles, sondern viel zu viel gesagt worden. Es gibt keinen Anlass, über Veränderungen des Gnadenrechts nachzudenken. Das ist alles sehr gut geregelt. Das ist eine wichtige Institution im Gesamtgefüge unseres demokratischen und rechtsstaatlich verfassten Gemeinwesens.

PNP: Thema Anti-Terror-Abwehr: Die SPD wirft Ihnen Hysterie vor, Rechtsexperte Benneter spricht von „Guantanamoisierung“. Gehen Sie im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu weit?

Schäuble: Diese Debatte war sehr bedauerlich und völlig überzogen. Der von Ihnen genannte Kollege kann mit solcher Kritik nicht mehr ernst genommen werden. Mit Frau Zypries habe ich immer gut zusammen gearbeitet und fand es sehr schade, dass zwischenzeitlich ein anderer Eindruck entstanden war. Inzwischen haben die Innen- und Rechtsexperten von Union und SPD das gemeinsame Vorgehen besprochen. Wir sind jetzt einig und auf einem guten Weg. Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus gibt es zwischen Union und SPD keinen nennenswerten Dissens mehr. Wir haben uns diese Koalition nicht ausgesucht. Der Respekt vor dem Souverän gebietet es aber, dass wir uns zusammenreißen und einigen. 2009 werden wir dieses Dilemma beenden.

PNP: Wie lässt sich bei Online-Durchsuchungen die Privatsphäre schützen?

Schäuble: Der Schutz des Kernbereichs muss gewährleistet sein. Das werden wir garantieren. Wir werden ein Gesetz vorlegen, dass verfassungsrechtlich und datenschutzrechtlich Bestand haben wird.

PNP: Wo gibt es in der Koalition noch Differenzen bei den Sicherheitsgesetzen?

Schäuble: Wir sind uns in der Koalition über wesentliche Punkte einig. Künftig werden Daten des Lkw-Mautsystems zur Aufklärung schwerer Verbrechen genutzt werden können. Dazu bedarf es einer richterlichen Zustimmung. Das ist unstrittig. Bei dem neuen Passgesetz werden die Fingerabdrücke künftig nicht gespeichert. Elektronisch gespeicherte Fotos können künftig endlich online genutzt werden. Bei der Nutzung der Rasterfahndung werden wir strikt darauf achten, dass dies der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts entspricht. Wir haben in der Koalition beim Thema Innere Sicherheit viel weniger Streit, als in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt worden war.

PNP: Ihre Forderung nach einem Einsatz der Bundeswehr im Innern wird von der SPD nach wie vor strikt abgelehnt.

Schäuble: Die Koalitionsvereinbarung vom November 2005 muss umgesetzt werden. Das ist schwierig. Seit Ende vergangenen Jahres liegt ein gemeinsamer Vorschlag vom Bundesjustizministerium, vom Bundesverteidigungsministerium und vom Bundesinnenministerium vor. Ob sich die Koalitionsführung darauf verständigen wird, ist noch offen. Ich sehe zum Einsatz der Bundeswehr zur Terrorabwehr im Innern keine Alternative. Wir brauchen eine Verfassungsänderung, damit wir die Fähigkeiten der Bundeswehr gegen diese Gefahren nutzen können. Wir sollten das Mögliche an Sicherheit im Rahmen unserer verfassungsmäßigen Ordnung leisten, damit Terroranschläge verhindert werden. Ganz ausschließen kann man das nicht. Wir sollten nicht warten, bis etwas passiert.

PNP: Großes Lob nach der Premiere, nach dem zweiten Treffen der Islamkonferenz überwiegt dagegen die Kritik. Waren die Erwartungen zu hoch?

Schäuble: Ich habe schon bei der Gründung vor überzogenen Erwartungen gewarnt: Die Islamkonferenz ist keine Schmuseveranstaltung. Das ist ein langer Weg. Die Debatte ist mit das Wichtigste. Muslime müssen ihre Vielfalt akzeptieren. Wir führen einen permanenten pluralistischen und damit streitigen Dialogprozess. Muslime müssen sich an die Regeln unserer Ordnung gewöhnen. Dieser Prozess ist nicht von heute auf morgen abgeschlossen. Die Teilnehmer der Islamkonferenz erkennen das Grundgesetz als vorbildliche Ordnung an. Das ist eine klare Absage an die Scharia als ein weltliches Gesetz. Wir kommen gut voran. Ich bin sehr zufrieden. Das Christentum hat für den Prozess von Reform und Aufklärung Jahrhunderte gebraucht.

Interview: Andreas Herholz